



Wittekindstraße 31
50937 Köln
Mobil: +49 171 362 16 97
Fax: +49 221 420 06 41
wolf-georg.rohde@wgr-beratung.de
www.wgr-beratung.de
USt-ID-Nr. DE351159001

Köln, 04.12.2024

WGR-Aktuell Dezember 2024

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

das Jahresende rückt schnell näher. Soll man froh sein, dass es vorbei ist und sich auf das neue Jahr freuen oder lassen einen die Aussichten auf das nächste Jahr nur grauen? Versuchen wir es mal mit einem Rückblick auf die Ampel aus einer unternehmerischen Sicht.

Die selbsternannte Fortschrittskoalition hat sich am Ende selbst verbrannt und das Auseinanderfliegen hat alle politischen Parteien einschließlich der Koalitionäre glücklich gemacht. Waren die drei Jahre wirklich so schlimm?

Gemessen an alten Forderungen vieler Unternehmen fällt die Bilanz maximal durchwachsen aus. Steuererhöhungen sind ausgeblieben und die weiteren Regulierungsvorschriften sind nicht schlimmer als sie sich unter CDU-Führung 16 Jahre lang gedeihvoll entwickeln durften. Abgesehen von ein paar Leuchtturmprojekten, mit denen die Akzeptanz und Aufnahmebereitschaft der Bürger einem Härtetest unterzogen wurden, kann man sagen, es wurde weiter gemacht wie bisher.

So dürfte die größte Enttäuschung wohl darin liegen, dass es eben keinen Aufbruch zu neuen Ufern gegeben hat. Bei den schon lange bekannten Defiziten in der Infrastruktur ging gar nichts vorwärts, der Rückwärtsgang des Abbaus von Substanz schreitet mächtig voran. Bezüglich des gerne verteufelten Straßenverkehrs waren die Erwartungshaltungen ohnehin auf Low level eingestellt. Aber dass Bahn und ÖPNV maximal auf der Stelle treten, steht in maximalem Widerspruch zu den eigenen Ansprüchen.

Ist wenigstens das Deutschland-Ticket ein Erfolg? Ja, aber zu Lasten des Haushalts und damit des Steuerzahlers. Der vielbeschworene Umstieg von PKW auf Bahn ist

ausgeblieben, dafür werden Bahn- und ÖPNV-Nutzer subventioniert. Das Deutschlandticket ist nichts anderes als eine Sozialleistung, also mehr rot als grün. Und alle Medien und Parteien verstehen nicht, dass es vorher ohne diese Sozialleistung gegangen war und wehren sich mit Händen und Füßen gegen deren Abschaffung.

Alle Unternehmen klagen seit Jahren über die zunehmende Bürokratisierung. Diese basiert zu großen Teilen auf EU-Recht, aber niemand verschlimmbessert bürokratische Vorgaben so gründlich-bürokratisch wie Deutschland. Da wurde eine Partei der Ampel kräftig gescholten, dass sie sich dem EU-Lieferkettengesetz mit Hinweis auf das deutsche Pendant verweigert hat. Langsam dämmert, dass bereits diese Version zwar für Moral und Image sorgt, aber mit enormen Aufwand verbunden ist.

Entbürokratisierung im Steuerrecht? Fehlanzeige! Entbürokratisierung im Baurecht? Fehlanzeige! Es ist wie mit Atomkraftwerken: Die Implementierung der Gesetze und Verordnungen ist mit enormen Aufwand verbunden, deren Entsorgung sprengt aber locker deren Dimensionen. Die Entbürokratisierung geht über Lippenbekenntnisse nicht wirklich hinaus.

Die Digitalisierung schreitet immerhin voran. Wir schleppen uns mühsam vorwärts in Verwaltung und Unternehmen, der Wille ist da. Eine Neuzulassung eines Fahrzeugs geht digital in der Theorie und dauert derzeit in Köln 3 Wochen. Immerhin, der Wille ist da und die Vorteile für Unternehmen liegen auf der Hand. Wenn da nur nicht die Bürokratisierung der DSGVO wäre. Haben Sie schon mal einen Schaden einer Versicherung gemeldet? Sie erhalten nach vier Wochen ein engbedrucktes Schreiben, wofür die Versicherung die personenbezogenen Daten verwendet, aber natürlich keine Fallbearbeitung. Vor lauter Bürokratie fehlt leider die Zeit zum Arbeiten.

Gab es da nicht auch den Anspruch, das Steuerrecht grundlegend zu reformieren? Pustekuchen, es wird weiter auf ausgetretenen Pfaden gelatscht. Der Pfad ist inzwischen so tief, dass man nicht mehr über den Rand hinaus schauen kann. So bleibt das Steuerrecht ein gigantischer Rummelplatz für unterschiedliche Auslegungen. Mit der Genauigkeit einer Atomuhr kann vorhergesagt werden, dass das hehre Ziel der absoluten Steuergerechtigkeit dauerhaft ganze Arenen streitbarer Teilnehmer aus Politik, Verwaltung, Freiberuflern und Justiz auch zukünftig füllen wird.

Eine Ausnahme gibt es: Die ertragsteuerliche und umsatzsteuerliche Begünstigung von Photovoltaikanlagen war herausragend! Was einige in den Finanzbehörden nicht daran hindert, für Diskussionsstoff zu sorgen, weil so einfach etwas Gutes tun, nicht geht. Immerhin stimmte die Richtung, wie sogar der BMF mit ungewohnt großzügigen Anweisungen unter Beweis gestellt hat.

Dafür sind die extrem schwammigen und hochbürokratischen Mitteilungspflichten zu innerstaatlichen Steuergestaltungen (siehe WGR-Aktuell August 2024) trotz einhelliger Ablehnung nahezu aller Fachleute Gesetz geworden. Wir müssen wohl ernst machen mit unserem Aufruf, Abertausende von Meldungen abzugeben, bis das System zusammenbricht.

Natürlich kann man im positiven Sinne der Ampel zugutehalten, dass das Steuerrecht den Versuchen einer Umverteilungspolitik standgehalten hat. Kann man wirklich froh sein, dass Schlimmeres ausgeblieben ist? Als Leistung einer Regierung? Wohl kaum, aber wir lassen es mal als Leistung einer gewissen Selbstdisziplin durchgehen.

Wirtschaftsfreundliche Politik ist natürlich auch ein Thema gewesen. Zu Beginn der Ampel war Wirtschaftsfreundlichkeit eher ein Schimpfwort. Wie hieß es? Die Wirtschaft habe dem Menschen zu dienen, nicht umgekehrt. Wirtschaft war neokapitalistisch und Bürgergeld und Mindestlohn waren gut. Die Götterdämmerung kam in zwei Stufen: Erst tauchte zaghaft die Frage auf, wer das Bürgergeld als Vorstufe des Grundeinkommens bezahlen soll und wofür. Dann stellte man erschrocken fest, dass die Wirtschaft nicht nur gierige Kapitalisten stinkreich macht sondern auch zu Arbeitsplätzen, Einkommen und Steuereinnahmen führt. Die Metamorphose gelang gründlich: Alle Parteien beschwören inzwischen, die Wirtschaft stärken zu wollen. Hoffentlich begreift eine künftige neue Regierung, dass es dabei nicht um machtvolle und prestigeträchtige Subventionen für einzelne Konzerne geht sondern vor allem um verlässliche Rahmenbedingungen, Entbürokratisierung, Investitionsfreundlichkeit und gesellschaftlichen Konsens.

Doll war das wohl nicht, was die Ampel in drei Jahren geleistet hat. Eine Katastrophe aber auch nicht. Eigentlich, nüchtern betrachtet, war es wie immer. Zähfließend, lethargisch, ohne wirkliche Impulse. Lautstark haben sich die Grünen und die FDP gestritten mit dem Ergebnis, dass weder die Grünen ihre politischen Kernzielsetzungen erreichen konnten noch die Gelben. Im Windschatten haben die Roten Sozialleistungen durchsetzen können, leider nur bedingt für die arbeitende Bevölkerung. Für Unternehmer legt sich die Waage tiefer in die negative Schale. Kein Wunder, dass die Stimmung im Mittelstand auf einem Tiefpunkt angelangt ist. Braucht es einen Ruck wie mit und nach Schröders Agenda 2010? Immerhin wollen jetzt alle politischen Parteien wirtschaftsfreundlich sein.

Wir wünschen Ihnen ein motivierendes Jahresende!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam WGR-Aktuell